

Der Bergbau
liegen, 30. Januar.
Finanzminister hat
am 1. Juli 1932
der stillgelegten
nach dem Vorschlag
erner ist die Weiter-
zum 31. März 1933

fen wird am 1. Fe-
irchen (Westerwald)
aufnehmen. Die seit
„Bereinigung“ bei
1. April in Betrieb

Nachrichten.

am 3. Februar 1933.
n Quartett. Es soll
unt — was ich ge-
eifern hier, es zu

25 an den Verleger
artett op. 127. —
825 hatte man die
es erkannt. Und
as allgemeine Ur-
artett „das größte
rieben hat. Auch
tuosen, es zu spie-
dem Busch-Quar-
dem Zweifel. Für
ich keine ideale
ein hat darum ab
Abend Quartette
dn und Beethoven
uß ist also zu er-

wird das bereits
ge in der Sonn-
wird das Mozart-
logart hat es 1789
König Friedrich
ffionierten Cello-
melodischen Quar-
s folgt dann eins
men Haydn-Quar-
ethoven (op. 127).

rie Rolsch-Quar-
vorrangendes. Das
„eine Steige-
rein „will's eben
d es wäre zu be-
cht mehr hier ge-
B. Hinnenthal.

der Schweiz
sonnenlage, 1060 m.
inleben. Liegekuren.
Ausbildg. von Haus-
telln. niedr. Preise.
Dr. R. Burkhardt, Pfr.
ngheim Hasliberg-
(Bern Oberland).

u/Lahn
ge der ländlichen
u und Geflügel-
paftstammer.

Brot!
hre Führer

Buche der beste
gezeigt wird.
Bez. Köln

al bewährte Mittel
Nierenleiden
1,80 Mk.
K. n.
entoburs
ad

te abend aus.
he aus.

Weltpolitik: Dr.
hel. Zuschriften
28. Für Geld-
schwärs“, Christ-
3911/3919, Amt
Bethel.

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1,25 und
0,88 Beleghe, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Preisband 1,95 (inkl. Postgeld). Preis der
Eingangsnummer 10 Wg. Postfachkonto Hannover 6777.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 20 Wg. Beilagen unter 25 s je tausend 15 Wg.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 6777.

Nr. 27.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 1. Februar 1933.

15. Jahrgang.

**Richten und weise Ratsschlüsse geben,
erfordert besonnen und nüchtern leben.
Mit Urteilsfällen gar nicht eil,
es seien gehört denn beide Teil.**

Alter Hauspruch.

Autarkie.

Von Autarkie ist heute sehr viel die Rede, ohne daß man sich immer ganz sicher ist über die Bedeutung und Tragweite dieses Begriffes für uns und unsere Zeit. Da ist es sehr verdienstlich, daß F. v. d. F. r. i. e. d., einer der bedeutendsten Mitglieder des sog. Vorkrieges und der „Täglichen Rundschau“ die Autarkie in einem aufschlußreichen Buch behandelt. („Autarkie.“ E. Diederichs, Jena, kart. 3,40 RM). Zunächst legt er dar, wie heute die Verhältnisse zwangsweise zur Autarkie führen. Die „Freiheit“ des Liberalismus ist zum Fluch geworden; sie wirkte sich aus im Kapitalismus und Freihandel, in Gelddenken, Spekulation und Kreditwesen. Es entstand die Weltwirtschaft und dabei die Teilung der Welt in rohstoffreiche, aber von Fertigwaren überfließende Länder und in solche, die an Rohstoffen überflüssig und nach Fertigwaren Hunger haben. Dies führte schließlich zur weiteren Teilung in Gläubiger- und Schuldnerländer und dies endlich zum Zusammenbruch der Weltwirtschaft. Während dieser Entwicklung wurde Deutschland vom Agrarstaat zum Industriestaat und schließlich zur „industriellen Werkstätte der Welt“. Können wir dies weiter sein? Wird die Welt uns diese Rolle weiter spielen lassen?

Jene Entwicklung ging vom Volk zur Menschheit, von der Volkswirtschaft zur Weltwirtschaft und das Ziel ist eine wirtschaftliche Welt-Einheit. Das ist aber ebenso eine Utopie wie der Weltfrieden. Heute ist sie zerstört, und statt des ökonomischen Prinzips findet überall der Durchbruch zum Nationalen statt: Jede Nation will alles für sich machen so auch Deutschland. Daher stieg der Warenverkehr von 5 726 Millionen (1880) auf 20 867 (1913) um dann langsamer wieder auf 14 930 (1931) zu fallen. In dem Maße des Verzichts der Welt auf deutsche Waren mußte auch Deutschland auf den Ankauf von Rohstoffen aus der anderen Welt verzichten. Heute stehen wir im „Weltkrieg der Waren“ oder im Welthandelskrieg, in dem das ökonomische Prinzip dem nationalen mehr und mehr erliegt: die Waren werden ausgeperrt, die Völker schließen sich gegenseitig ab, und der Freihandel wird zum Schutzzoll. Die Abperrung vollzog England auch durch die Währungsentwertung, Frankreich durch Kontingentierung, d. h. Begrenzung der Einfuhr. Frankreich kreierte Deutschland handelspolitisch ein. Dadurch wird dieses zur Autarkie gezwungen. Das Ende dieser Entwicklung ist einerseits die völlige Einstellung der Zahlungen an das Ausland, andererseits aber gleichzeitig ein in sich ausgeglichener, auf den niedrigst möglichen Umfang beschränkter Außenhandel, also Auslandsmoratorium und Autarkie.

Autarkie ist Selbstversorgung, Selbsthilfe, Selbstschutz, Selbstbestimmung. Letzteres Wort ist wohl das umfassendste. Die Erkenntnis seiner Grenzen macht den Menschen demütig und religiös. Der heutige Umbruch im Menschen, läßt sich nur mit der französischen Revolution vergleichen. Diese war äußerliche Befreiung und innere Knechtung. Was heute geschieht, ist Reaktion darauf, diese ist deutsch, ist preußisch: äußere Bindung und innere Befreiung, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung. Dies ist verbunden mit Rückkehr von der Stadt aufs Land, Siedelung, Plamwirtschaft, Binnenwirtschaft. Dies alles liegt in der Autarkie; ihr Grundgedanke ist größtmögliche Unabhängigkeit. Die liberale Weltwirtschaft führte zu schrankenloser Einfuhr und ganz wider natürlicher Verschleuderung des eigenen Volkvermögens. Die Autarkie soll zu den naturgegebenen Verhältnissen zurückführen. Ausgangspunkt ist dabei die eigene Versorgung; erst wenn diese erschöpft ist, darf ein noch vorliegender Bedarf vom Ausland her gedeckt werden. Dazu ist ein vollständiger Einfuhrplan nötig und zwar als Austausch bestimmter Warenmengen zwischen zwei Ländern in festen Kontingentsverträgen.

Voraussetzung dieser Autarkie ist zunächst sofortige Vereinigung unserer gesamten Kapital- und Kreditverpflichtungen und Schluß mit diesen. So muß es kommen, daß wir keine Kredite und Anlagen vom Ausland mehr gebrauchen können. Wir müssen uns darüber klar sein, daß dies ein nationales Befreiungswerk wäre und dem Auslande gegenüber ein Trumpf, der unbedingt steht. Dagegen hätte das Ausland nur das Mittel erneuter Blockade, worauf wir dann mit völliger Autarkie ohne Außenhandel antworten könnten. „Jede Apfelsine oder

Banane, auf die wir dann verzichten, jeder Ballen Baumwolle oder Sack Kaffee, den wir dann nicht kaufen, ist für die Außenwelt nach der gegenwärtigen Lage ein schwerer und wirksamer Schlag: nur mit Essen, Trinken und Bekleidung haben wir gegenüber dem gesamten Ausland endlich ein politisches Kampfmittel in der Hand, das uns über die bisherige politische Methode des Abwartens und der Beteuerungen und der vielen schönen Reden hinaushebt.“ Mit der Kriegsblockade wäre jene neue Blockade nicht zu vergleichen, eine Hungerblockade wäre es nicht: reine Ernährungsschwierigkeiten gibt es für uns nicht mehr. Im übrigen: „Wenn ein Volk um seine Unabhängigkeit kämpft, dann muß es auch auf den Bohnenkaffee, auf die Apfelsinen oder auch die Schokolade verzichten können.“ Autarkie als leitender Gedanke ist also nicht nur wirtschaftlicher Zwang und Notwendigkeit, sondern im höheren politischen Sinne ein nationales Befreiungswerk. Aber Autarkie kann nur bewußt im Rahmen einer Plamwirtschaft und nur vom Staat gestaltet werden. — Zu betonen ist, daß Autarkie nicht Vernichtung des Groß- und Außenhandels bedeutet, sondern Zurückführung des Handels auf seine eigentlichen Aufgaben: den Warenaustausch.

Um zur Autarkie überzugehen, muß zunächst die Möglichkeit der Versorgung aus eigener deutscher Erzeugung untersucht werden. Wenn man diese hinsichtlich der Lebensmittel leugnet, so ist dagegen zu sagen, daß bis heute durch Einfuhr ausländischer Erzeugnisse die Umgestaltung der Landwirtschaft im Keime erstirbt wird. Es handelt sich um Sicherstellung des Abfahes.

Fried untersucht dann weiter statistisch alle wichtigen Waren nach der Möglichkeit der Selbstherzeugung und der etwa nötigen Kontingentierung. Der letzte Teil des Buches behandelt dann noch „Form und Richtung der Autarkie“. Auf Näheres können wir hier nicht eingehen. Jedenfalls erkennt man aus dieser ruhig sachlichen Untersuchung, daß die gemäigte Autarkie, der Fried das Wort redet, nicht nur möglich, sondern notwendig ist.

E. Demmert.

Wirtschaftsaufstieg durch Landkultivierungsarbeiten im Wege der Arbeitsdienstpflicht!

Von Baumeister Franz von Damaros, Minden

Die Arbeitsdienstpflicht würde nicht nur hohe sittliche und erzieherische Werte zeitigen, indem sie einige hunderttausend Erwerbslose der menschlichen Arbeitsgemeinschaft sofort wieder zuführen und Söhne aller Volksschichten zum gemeinsamen Dienst am Volke vereinen würde, sondern sie gäbe durch produktive Arbeitsleistungen auf dem Gebiete der Landkultivierung auch den Anstoß zu einem neuen Wirtschaftsaufstieg. Das Hauptarbeitsfeld einer deutschen Arbeitsdienstpflicht würde in erster Linie die Schaffung von Neuland durch Moor- und Oedlandkultivierungen, Einbeidungen, Haff- und Küstenverbauungen und die Verbesserung wenig ertragreichen Bodens durch Ent- und Bewässerungen sein müssen, weil dieses Arbeitsfeld einen hohen Ertrag bei geringem Geldbedarf abwürfe und zugleich das umfangreichste und geeignetste wäre, auf dem eine große Arbeiterarmee zum Nutzen der Allgemeinheit und ohne nennenswerten Wettbewerb zu dem Arbeiter des freien Arbeitsmarktes angeseht werden könnte. In Neuland könnten in Deutschland rd. 4,3 Millionen Hektar gewonnen werden, das ist eine Fläche etwa so groß wie Baden, Thüringen und Sachsen zusammen. 250 000 Bauernsöhne könnten hier durch Siedlung ihre Heimat finden. Ferner könnten rd. 13,5 Millionen Hektar im Ertrag erheblich gesteigert werden, davon 8,5 Millionen Hektar durch Entwässerungen. Zur Bewältigung dieser umfangreichen Kultivierungsarbeiten, soweit sie für den Arbeitsdienst in Frage kämen, in 10 Jahren, würde eine ständige Arbeiterarmee von etwa 800 000 Mann benötigt werden, die aus Arbeitslosen dienstpflichtigen Alters, d. i. das Alter von 19 bis 22 Jahren, aufzustellen wäre. Nicht allein, daß der Bedarf einer 800 000 Mann starken Arbeiterarmee an Nahrung, Kleidung, Unterkunft und Arbeitsgerät vielen tausenden Handwerbern, Kaufleuten usw. Arbeit und Verdienst bringen würde, sondern die durch das Arbeitsdienstheer neu geschaffenen, von Jahr zu Jahr anwachsenden Neulandsflächen und verbesserten Bodensflächen würden auch einen Roherttrag ab, der sich nach Durchführung der Kultivierungsarbeiten auf rd. 3 Milliarden RM errechnen läßt. Das wäre ein Mehrertrag, mit dem wir unsere Ernährung vom Auslande unabhängig machen würden, ein

Ziel, das als durchaus erstrebenswert anzusehen ist, um die alljährlich ins Ausland fließenden Milliardenwerte für landwirtschaftliche Erzeugnisse der deutschen Wirtschaft zu erhalten und uns vor einer zweiten Hungerblockade, wie wir sie im Weltkrieg erlebten, zu bewahren.

Mit der landwirtschaftlichen Mehrerzeugung von 3 Milliarden jährlich, wäre jedoch der wirtschaftliche Nutzen der Landeskultivierungsarbeiten noch bei weitem nicht erschöpft. Jedes Mehr an landwirtschaftlicher Erzeugung führt naturgemäß durch Gütertausch oder Umlauf des dafür eingetauschten Geldes ein Mehr der Erzeugung in Handwerk, Handel, Gewerbe, Industrie usw. herbei. Diese Mehrerzeugung beläuft sich nach Berechnungen namhafter Volkswirtschaftler auf mindestens 1 1/2 des landwirtschaftlichen Erzeugungswertes. Demnach bedeutet eine Roherttragssteigerung der deutschen Landwirtschaft um 3 Milliarden eine Mehrerzeugung unserer Gesamtwirtschaft von 6 1/2 Milliarden Mark.

Da man auf 10 000 RM Erzeugungsleistung 4 Beschäftigte rechnet, würde die Ankurbelung der Wirtschaft durch diese Milliardenwerte 2,7 Millionen Arbeitslosen dauernde Beschäftigung mit vollem Verdienst bringen. Zusammen mit dem Heer der Arbeitsdienstpflichtigen und der durch dieses Heer Arbeit und Verdienst findenden Handwerker, Kaufleute und Gewerbetreibenden usw. kämen auf diese Weise mehr als 3 1/2 Millionen Arbeitslose zu Arbeit und Brot. Schon nach Ablauf des ersten Arbeitsdienstjahres würde die Zahl der Arbeitslosen mit dem Fortschreiten der Kultivierungsarbeiten von Jahr zu Jahr abnehmen, das Reich würde steigende Beträge an Arbeitslosenunterstützungen einsparen und von den sich mehrenden Verdienern und der wieder belebten Wirtschaft immer größere Steuereinnahmen erhalten, bis in letzter Auswirkung, d. i. nach Fertigstellung der Arbeiten, 1,8 Milliarden Ersparnisse an Erwerbslosenunterstützungsbeträgen und 1,2 Milliarden Steuern, zusammen 3 Milliarden RM im Jahr auskommen würden.

Die Kosten für die Unterhaltung des 800 000 Mann starken Arbeitsdienstheeres bei Anfaß von 2 RM je Kopf und Tag (die alte Armee rechnete mit 1,50 Mk. je Tag für jeden Soldaten) und für 85 000 Mann Stammpersonal und Verwaltung sind auf rd. 1 1/4 Milliarden jährlich zu veranschlagen. Diese Kosten würden die Träger der Landeskultivierungsarbeiten für Verbesserung ihres Bodens oder für Neulandsflächen zu tragen haben. Das Reich hätte nach den bei Meliorationen bisher üblichen Grundsätzen 1/2 als Beihilfe zu übernehmen. Da die Träger der Arbeiten die von ihnen benötigten 1/2 der Kosten wohl in den meisten Fällen auf dem freien Kapitalmarkt als langfristiges Darlehen aufnehmen müßten, würde das Reich, um den Anreiz zu den Arbeiten zu stärken, außer der Beihilfe auch einen Teil des Zinsdienstes, etwa 6 Prozent, zu übernehmen haben. Ferner würde zum Bau von Unterkunftsbaracken für 500 000 Mann — es wird angenommen, daß 300 000 Mann in vorhandenen Kasernen und Baracken untergebracht werden können — und für Beschaffung von Kleidungsstücken usw. ein Anlagekapital von etwa 250 Millionen RM erforderlich werden. Diese 250 Millionen wären ein einmaliger Aufwand.

Nach Abzug aller dieser Lasten von den in jedem Jahre größer werdenden Ersparnissen aus der Erwerbslosenunterstützung und aus wachsenden Mehreinnahmen an Steuern würden dem Reiche nach Beendigung der Arbeiten rund 2 Milliarden Ueberschüsse jährlich verbleiben, welche, in die produktive Wirtschaft gesteckt, einer weiteren halben Million Arbeitslosen Arbeit und Brot brächte. So ergäbe sich als Nutzungseffekt die Beschäftigung über 4 Millionen Arbeitsloser und dazu ein dauerndes Mehr des Reiches an Einnahmen im Betrage von 2 Milliarden RM im Jahr. Und das alles mit einem einmaligen Anlaufkapital von 250 Millionen RM.

Ohne die Arbeitsdienstpflicht würden die Arbeiten um rd. 70 Prozent teurer werden. Viele werden einmenden, daß die Landwirtschaft ein Mehr an landwirtschaftlichen Produkten nicht absetzen könnte. Dem ist entgegenzuhalten, daß nur soviel mehr produziert werden würde und könnte, als wir in normalen Zeiten bisher vom Auslande selbst eingeführt haben, und daß mit Hebung der Kaufkraft von 4 Millionen jetzt darabender Arbeitsloser, die zum größten Teil Familie haben, sich der Bedarf derart steigern würde, daß auch der Bauer wieder einen guten Absatz hätte.

Der höchste sittliche Erfolg aber wäre, daß sich der deutsche Arbeiter wieder ein geordnetes, inhaltvolles Familienleben aufbauen könnte, das der beste Wall gegen den andrängenden Bolschewismus und der ertragreichste Boden für die Saat positiven Christentums ist.

411

Stadt. Bibliothek

S 839

Der Gegenwartskampf um das Freigeld.

Ueber ein Jahr ist vergangen, seit die „Wära“, das Tauschmittel nach dem Vorschlag des Freigeldes, in Deutschland verboten wurde. Große Verbreitung hatte die Wära besonders in Schleswig-Holstein, Süd-Westfalen und Bayern gefunden. Noch heute ist das Bergwerk in Schwandenkirchen, das durch die „Wära“ gerettet wurde, in Betrieb. Es bleibt das Verdienst der Anhänger Gefells, die Brauchbarkeit des Freigeldes praktisch erwiesen zu haben. Der Einwand, das Volk nähme solches Geld nicht, ist als leere Behauptung entlarvt. Neuerdings erstand in der SPD ein Kämpfer für das Freigeld. In Schmölln, Thüringen, trat Hans Schumann als Führer der dortigen sozialdemokratischen Organisation für die Idee des Freigeldes ein. In zahlreichen Versammlungen, bis ins Ruhrgebiet hinein, klärte er die Massen auf, die seit Jahrzehnten von ihren Führern immer bis vor, nie aber in den Sozialismus geführt wurden. Seitens der Parteileitung wurde Schumann stark bekämpft. Besonders die Herren Naphthal, Hilferding, Braunthal usw., die in der sogenannten Forschungsstelle der SPD führen, suchten Schumanns Tätigkeit zu unterbinden. Endlich hatte man einen Grund. Die Bruderpartei in der Schweiz beschuldigte Sch., er habe die eigene Partei bekämpft. Und so wurde Sch. aus der SPD ausgeschlossen. Der Ausschluß zeigt, wie sehr die SPD die Freigeldlehre fürchtet, da sie den Marxismus an der Wurzel trifft, nämlich in der Lehre der Mehrwerttheorie. Wer Schumanns Kampf in der höchsten Phase kennenlernen will, dem empfehle ich die Nr. 2 der „Letzten Politik“, beim Stirn-Verlag, Leipzig D. 39, Monarchenhügel-Weg 9, sich zu bestellen. Die betreffende Zeitungsnummer bringt das Bild des mutigen Kämpfers und Schilderungen, die kaum glaubliche Verhältnisse zeigen. Schumann ist ausgeschlossen, aber der Kampf geht weiter; denn die Rot treibt zum Nachdenken.

In der NSDAP ist ebenfalls der Kampf um das Freigeld entbrannt. Ein Mitglied der Partei, Radecke, Berlin, tritt mutig für Gefells Geldlehre ein. Wie ich von andern Mitgliedern der NSDAP hörte, wird Radecke in der Berliner Ortsgruppe unterstützt und demnächst in größerer Versammlung offen die Freigeldlehre vertreten. Schon längst ist es bekannt, daß auch andere Führer von Feders Finanzprogramm nichts wissen wollen. Allem Anschein nach wird nach Erledigung des Falles Strasser die Geldfrage zur Entscheidung kommen.

Und nun einen Blick ins Ausland. Im Gegensatz zur deutschen Sozialdemokratie hat sich die englische Arbeiterpartei vom Golde abgewandt und wird in Zukunft die Festwährung nach Gefells Vorschlag vertreten. Die Lösung des englischen Pfundes vom Golde hat ungeahnte Wirkungen in der ganzen Welt erzeugt. Heute ist die Gruppe Morgan soweit in die Verteidigung gedrängt, daß für sie die Zeit der Drohung vorbei ist. Ja, sie muß heute zugeben, daß man doch den Goldstandard wieder einführen möge. — In Oesterreich hat ebenfalls ein sozialdemokratischer Bürgermeister, namens Unterguggenberger, in seiner Gemeinde Wörgl, bei Innsbruck, Freigeld eingeführt. Er hat es „Arbeits-Bestätigungen“ genannt, denn es darf ja nicht mit dem Golde identisch sein, ähnlich wie bei uns die „Wära“. Die Schweizer Freiwirtschaftszeitung bringt aus den „Wörgler Nachrichten“ einen Bericht, aus dem ich den Aufwärtslesern einige Sätze bieten möchte, damit jeder sehen kann, wie Men-

schen über das Freigeld urteilen, denen es in schwerster Not Arbeit und Brot brachte. Es heißt da: „Es besteht eine innere gegenseitige Verschuldung, die in ihrer Verschuldung zu einer Verkrampfung des Erwerbslebens in der Gemeinde geführt hat. Die A.-B. (Freigeld) lösen diesen Zustand sozusagen im Handumdrehen. Die erste Lohn- u. Gehaltszahlung im Betrage von 1800 S. kehrt fast zur Gänze über die verschiedenen Gewerbetreibenden und Geschäftsleute als Steuerrückstände zur Gemeinde zurück. Es werden damit sofort wieder Rechnungen u. dergleichen im gleichen Betrage bezahlt. Nach dieser Betrag ist schon am zweiten Tag für allerlei Rückstände eingelaufen und somit für weitere Auszahlungen zur Verfügung. Der kleine Betrag von 1800 S. läuft so einen Monat kreisförmig und baut gegenseitige Rückstände in 20-fachem Betrage ab. Und in der Zeit, wo sich die allgemeine Wirtschaftskrise über die Welt senkt und weit und breit niemand an Investitionen denken kann, schreitet die Gemeinde Wörgl daran, 50 Arbeiter aufzunehmen u. Straßen und Kanäle zu bauen. (Zettdruck vom Verfasser angegeben.) Soweit die schlichte Schilderung. Man vergleiche dagegen die Radionachrichten während der Regierungszeit v. Papens. Eine kleine Gemeinde von wenigen tausend Menschen bringt in purger Zeit 50 Arbeitern Arbeit und Brot. Und wieviel dagegen in Deutschland mit einem Milliardenlohn! Und nun noch einige Schlüsselsätze aus dem angeführten Bericht: „Am Ende des zweiten Halbjahres 1932 bezeugten die vollendeten Leistungen die Wirksamkeit der Nothilfe Wörgl; denn was in der ersten Jahreshälfte unmöglich schien, ist in der zweiten Hälfte des Jahres Tatsache geworden. Mögen diese Tatsachen ein Zeichen dafür sein, daß es höchste Zeit ist, die ruinierte Wirtschaft von den Fesseln der Goldwährung zu befreien. Dann wird eine Zeit kommen, wo es keine durch Preissteigerung betroffenen Sparer und keine durch Preisenkung zerstörte Existenzen mehr gibt. Eine Zeit, wo man für den Begriff „Arbeitslosigkeit“ kein Verständnis mehr hat, weil es so etwas nicht mehr geben wird.“

In USA ist der bedeutendste Gelehrte, Prof. Irving Fisher von der Yale-Universität offen für das Freigeld eingetreten. In 100 amerikanischen Zeitungen ließ er eine Artikelserie für das Freigeld erscheinen. Offen bekannte J. Fisher, er bedaure es unendlich, nicht früher Gefells Werk gekannt zu haben. Als ihn „Sachverständige“ fragten, ob er wirklich glaube, daß dieses kleine Mittelding solche Wirkungen erzielen könnte, antwortete er: „Ja, ich halte es für möglich, daß solch ein Schwundgeld, richtig angelegt und richtig gehandhabt, die ganze Wirtschaft über Nacht aus der Depression herausreißen könnte.“

Anders denkt Herr Professor Röpke, Marburg. Der Nr. 3 der Schweizer Freiwirtschaftszeitung entnehme ich folgende Sätze die Prof. Röpke dem amerikanischen Gelehrten entgegnete: „Fisher wird das Schwundgeld nur als ein Verlegenheitsmittel betrachten. Aber wir befinden uns gar nicht in einer solchen Verlegenheit, die uns zwingen würde, an unserer Währung in einer Weise herumzuexperimentieren, die uns in Zukunft einmal sehr unbequem werden könnte.“ Ich glaube, Herr Professor Röpke wird mit seiner Behauptung, „wir befinden uns in keiner Verlegenheit“ bei unserm Volke kein Gehör finden. Sind unsere Steuergutheine etwa entstanden, weil wir keine „Verlegenheit“ kannten? Bezahlen viele Gemeinden die Sozialrenten nicht, weil sie ebenfalls keine „Verlegenheit“ kennen? Unterstützt der Staat die Landwirtschaft, Industrie u. selbst Banken, weil die auch

keine Verlegenheiten kennen? Es ließen sich noch viele Hinweise bringen, um jenen Satz zu widerlegen. Interessant ist der Schlusssatz, in dem Herr Prof. Röpke von der Zukunft spricht, in der das Freigeld „sehr unbequem werden könnte“. Da liegt wohl der ganze Grund für seinen Gegenkampf. Jeder, der die Freigeldidee kennt, weiß, daß mit der Unbequemlichkeit das Verschwinden des Zinses gemeint ist. Für uns soll das ein neuer Antrieb zum Kampfe für das Freigeld sein; denn unser Volk wird mit dem Verschwinden des Zinses erst glücklich. Unterguggenberger, der Mann aus der untersten Volksschicht, wird als „Saie“ in der Volkswirtschaft seiner Heimat für immer genannt werden, denn er gab leidenden Menschen Arbeit und Brot, wo gelehrte Sachverständige vor Experimenten glauben warnen zu müssen. S. R.

Gelöbnis der NSDAP

Die Reichspressstelle der NSDAP zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler.

Berlin, 31. Januar.

Die Reichspressstelle der NSDAP veröffentlicht eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

Mit dem Führer der nationalsozialistischen Bewegung, Adolf Hitler, ist der Mann des Vertrauens des Volkes auf den Ruf des Reichspräsidenten an die Spitze der Regierung getreten. Der Reichspräsident hat damit den Schritt vollzogen, der endlich dem Willen und dem Sehnen der Millionen des deutschen Volkes gerecht wird, die in dieser großen nationalen Bewegung der deutschen Geschichte die einzige Hoffnung auf einen Wiederaufstieg der Nation und in ihrem Führer Adolf Hitler allein den Mann sehen, der dieses große Werk beginnen und vollenden kann.

Die nationalsozialistische Bewegung weiß sich eins mit dem ganzen deutschen Volke, wenn sie in dieser Stunde dem Reichspräsidenten dankt für seine geschichtliche Tat, die den Ruhm des Generalfeldmarschalls unserer Heere im Weltkriege auf immer auch mit dem Namen des jungen Deutschlands verbindet, das glühenden Herzens zur Freiheit strebt.

Die NSDAP weiß, daß die neue Regierung keine nationalsozialistische Regierung ist, aber sie ist sich dessen bewußt, daß diese Regierung den Namen ihres Führers Adolf Hitler trägt. Mit einem starken nationalsozialistischen Vortrupp ist der Führer in die Regierung eingerückt und hat sich an ihre Spitze gestellt, um dem deutschen Volk und seiner Freiheit eine Gasse zu bahnen. Und deshalb stehen hinter dieser Regierung erstmalig nicht nur die Machtmittel des Staates einfließend, sondern hinter ihr steht tatbereit und auf Gedeih und Verderb mit ihrem Führer verbunden, die Millionenarmee der nationalsozialistischen Bewegung, deren große historische Aufgabe nunmehr auch auf das staatspolitische Gebiet übergegangen ist. Der Kampf um die Regierungsführung ist beendet, der Durchbruch zum Staat ist der nationalsozialistischen Bewegung nach dreizehnjährigen Ringen gelungen, der größere Kampf der Regierung Hitler für das deutsche Volk beginnt.

12 Millionen Nationalsozialisten erheben in dieser Stunde, die ihren Führer an der Spitze der Regierung des Deutschen Reiches sieht, die Hände zum Schwur: Wir werden in der Regierung kämpfen, so wie wir bisher außerhalb und gegen sie gekämpft haben! Wir wollen dem ganzen deutschen Volke als Beispiel unerhörter Treue und Pflückfertigkeit vorangehen! Wir wissen, daß unser Wille zum Siege das ganze deutsche Volk zum Siege tragen wird! Wir stehen und fallen mit Adolf Hitler!

Ernennungen im diplomatischen Dienst. Der Reichspräsident hat den Gesandten in Rom, Maracht, zum Gesandten in Montevideo und den Generalkonsul in Leningrad, Dr. h. c. Erich Recklin, zum Gesandten in Kowno ernannt.

Zum hundertjährigen Geburtstag von Friedrich Simon.

Am 17. Januar dieses Jahres sind es hundert Jahre geworden, daß mein Vater, dessen Leben mit der Anstalt Bethel fest verbunden ist, geboren wurde. Darum will ich — dem Wunsche einiger Betheler Freunde folgend — hier einiges aus seinem Lebensgang mitteilen, obwohl ich sehr wohl weiß, daß der Sohn nicht immer der gegebene Darsteller des Lebens des eigenen Vaters ist. Ich habe außerdem eine gewisse Scheu zu überwinden, weil ich weiß, daß mein Vater es nicht liebte, daß von seinem Namen und seiner Arbeit Aufhebens gemacht wurde. Bei seinem Abschiedsgottesdienst aus der Bielefelder Paulusgemeinde 1910 hat er über sein Leben nur das Gebetswort gesagt: Was ich gelebt, das decke zu, was ich noch lebe — regiere Du.

Ein Wort über unsere Vorfahren. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts fandte der Bauerngutsbesitzer Simon in Echzell in Oberhessen seinen Sohn zur Schule und gab ihm, da er daheim schon etwas Lesen gelernt hatte, eine Bibel mit. Der Lehrer aber fandte den Knaben wieder nach Hause und gab ihm auf, nicht eine Bibel, sondern eine Fibel zum Unterricht mitzubringen. Da aber wurde der Vater des kleinen Knaben — meines Urgroßvaters — sehr erregt und erklärte, dann solle sein Sohn Johannes überhaupt keine öffentliche Schule besuchen.

Ob bei dieser Geschichte die Liebe des Hugenotten zur Bibel miteingepflegt hat, weiß ich nicht sicher, denn die Familienüberlieferung, daß dieser Simon ein Hugenotte gewesen sei, läßt sich urkundlich nicht belegen. Aber auf diesem eigenartigen Wege hat Gott aus diesem Bauerngeschlecht eine Theologenfamilie werden lassen. Denn jener Vorfahr blieb zwar — eigensinnig, wie er war — bei seinem einmal gegebenen Wort, aber er ließ den kleinen, aufgeweckten Jungen bei einem Pfarrer Latein lernen. Mit 17 Jahren war er so weit, daß er die Universität beziehen konnte, um Theologie und Philologie zu studieren, als Präceptor literatus (etwa: Studien-

rat) und Pfarrer hat er in seinem Leben allerhand Schweres durchmachen müssen. Sein Sohn Friedrich Simon — mein Großvater — geboren 1798 — war ein begeisteter Anhänger der neuen vaterländischen Bewegung und von Jugend auf ein ernster Christ, der sich aus dem Fahrwasser des Vernunftglaubens, in dem seines Vaters Leben verlaufen war, herausarbeitete. Der neunzehnjährige machte das berühmte Burschenschaftsfest auf der Wartburg mit. Mit seinen Verbindungsbrüdern zog er sich während des Festes in die Berghütte nach Eisenach zurück, um dort in aller Stille das Abendmahl zu feiern. Man überreichte sich zur Erinnerung an diese Stunde ein Gedenkblatt: „Der Herr ist Geist, wo aber der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit.“ Als mein Vater geboren wurde, war dieser sein Vater 35 Jahre alt, Pfarrer und Dekan (Superintendent) in Rodheim und wurde im selben Jahre Superintendent (Generalsuperintendent) der Provinz Oberhessen. Seine hohe, charaktervolle Gestalt schwebte mir noch deutlich vor. Er hat mit energischer Hand den Vernunftglauben im Großherzogtum Hessen bekämpft; er war ein sehr strenger, aber gütiger und gerechter Erzieher und Vorgesetzter, der in Haus und Kirche auf Zucht und Ordnung hielt.

So wuchs mein Vater, obwohl auf dem Lande geboren, in der Universitätsstadt Gießen in einem geistig und geistlich äußerst angeregten Haus auf. Als Fünfzehnjähriger erlebte er die Revolution von 1848. Die Schüler wurden zu Schießübungen herangezogen. In der heftigsten Stadtkirche sah der Knabe die revolutionären Führer bei einer politischen Feier in der Kirche ihre Messer auf den Stufen des Altars weihen. Preussisches Militär machte zwar den Wirren ein rasches Ende. Die Not der Zeit aber machte einen tiefen Eindruck auf den Knaben. Damals zum ersten Male bekam er einen Eindruck von dem Uebergewicht Preußens.

Der Religionsunterricht in der Schule war jämmerlich. Aber auch die theologischen Vorlesungen auf der Universität Gießen scheinen dem jungen Mann keine tieferen Eindrücke hinterlassen zu haben. Da noch drei weitere Söhne studierten, konnte der Großvater dem Sohne nur ein Semester außerhalb Gießen bewilligen. Dieses eine

Semester aber in Halle zu den Füßen von August Tholuck und Julius Müller — beiden trat er persönlich näher — wirkte im Zusammenhang mit dem glaubensstarken Wesen des Vaters entscheidend auf seine Entwicklung. Die Schriften jener, damals führenden Theologen haben ihn durch das Leben begleitet.

Als 25jähriger Pfarrer in Bensheim an der Bergstraße trat er in einen Kreis frischer junger heftiger Pfarrer ein, denen wie ihm die Not der Zeit auf der Seele brannte. Zu ihnen gehörten neben anderen: Wilhelm Bauer in Lindensfeld, der spätere Generalsuperintendent der Rheinprovinz, die Lutheraner Stromberger und Dieffenbach und sein Vorgänger Gustav Schloffer, der nachmalige Vorkämpfer für Innere Mission in Frankfurt am Main. Die Köpfe dieser jungen Leute waren bewegt von den durch Wichern gemachten Vorschlägen, wie man den umstürzenden Bewegungen der Zeit, auch dem Marxismus, steuern könne. Ihnen lag die materielle Not der arbeitenden Bevölkerung, die immer mehr um sich greifende Gottlosigkeit großer Volksteile drückend auf der Seele. Sie wünschten, daß von Seiten der Kirche etwas geschehe an der erziehungsbedürftigen Jugend, für die vielen oft den Arbeitsplatz wechselnden, dem heimischen Boden entwurzelten Industriearbeiter, für die Wandergesellen, für die entlassenen Gefangenen und für die vielen Kranken und Elenden aller Art. Sie dachten im wesentlichen an alle Hilfen, die damals fast unbekannt, heute durch die Innere Mission als selbstverständliche Leistung der Kirche angesehen werden. Die Revolution hatte weithin die Schäden der Zeit aufgedeckt, und manche treuen Männer, gerade in Hessen, waren in ihrer Verzweiflung über die Schwerfälligkeit von Kirche und Staat in revolutionäre Wirren hineingezogen worden, auch weite Kreise der studentischen Jugend. Jene Pfarrer aber mußten sehr wohl, daß zunächst durch die Predigt und Unterweisung im biblischen Evangelium geholfen werden müsse. Aber auch die furchtbaren materiellen Notstände ihrer Zeit übersahen sie nicht. Das vielfach materialistische freidenkerische Bürgertum verhöhnte die Ohnmacht der evangelischen Kirche. Der Katholizismus dagegen — in Hessen unter der Führung des Bischofs Kette-

Reichs

Am 1. Februar 1933
Hindenburg
kanzler
ernannte den
den Reichs-
Stellvertreter
missar für
Freiher
des Auswärtigen
das Reichs-
Dr. Fried
Genera
Reichswehr-
Graß
minister der
das Reichs-
Dr. Alfred
ster und zum
wirtschaft;
den Reichs-
Seldte zu
Freiher
minister und
den Reichs-
ring zum
gleichzeitig
Reichsminister
der Reichs-
Reichs-
rele wurde
Die Reichs-
vorbehalten.

Die offizi
im Anschluß
die von Herr
an der Adolf
Reichstagsprä
von Blomber
wurde das ne
teilung darü
Der Her
ministergehe
Adolf Hitler
regierung von
Inzwischen
sich des bish
letzten Sitzun
folgte kurze

Am 1. Februar 1933
Wie wei
chef Minister
schen Berater
des Staatsse
vorausichtlich
Lammers we

Oberregi
der Reichs-
standen hat,
zur Presse al
trauenden Pa

ler — mach
zur Belebun
Diese Fre
häufig beip
nach allen
war ihm d
ein Leichtes,
hoch und
Basler Gef
schweizeris
Freunde unt
licher Banki
nachbarten
ebenfalls
Bröckelmann
für die dam
lebenswüdi
Mission, der
Hesekiel, it
Pfarrhaus a
fälligen Ver
Vater als B
Diakonissen
trag, die ge
rufen. Der
Vater hatte
durchziehend
kannstich e
in seiner in
dem protest
schen Oester
stärkt, obwo
kularistisch
leichter in
der Auf na
entschloß sic
den Sohn m
den ließ. Di
sion war dan
daß sie dem
kreis für der

Reichsfanzler Hitler

Rabinett der Harzburger-Front.

Reichstag spätestens 7. Februar

Berlin, 31. Januar.

Amtlich wird mitgeteilt: Reichspräsident von Hindenburg hat Herrn Adolf Hitler zum Reichsfanzler ernannt. Auf Vorschlag des Reichsfanzlers ernannte der Herr Reichspräsident

den Reichsfanzler a. D. Franz von Papen zum Stellvertreter des Reichsfanzlers und zum Reichskommissar für das Land Preußen;

Freiherrn von Neurath zum Reichsminister des Auswärtigen;

das Mitglied des Reichstages Staatsminister a. D. Dr. Frick zum Reichsminister des Innern;

Generalleutnant Werner von Blomberg zum Reichswehrminister;

Graf Schwerin von Krosigk zum Reichsminister der Finanzen;

das Mitglied des Reichstages Geheimen Finanzrat Dr. Alfred Hugenberg zum Reichswirtschaftsminister und zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft;

den Ersten Bundesführer des Stahlhelms Franz Seldte zum Reichsarbeitsminister;

Freiherrn von Elz-Rübenach zum Reichspostminister und Reichsverkehrsminister;

den Präsidenten des Reichstages Hermann Göring zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich und gleichzeitig zum Reichskommissar für den Luftverkehr. Reichsminister Göring wurde mit der Wahrnehmung der Geschäfte des preussischen Innenministers betraut.

Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung Dr. Gesele wurde in seinem Amt bestätigt.

Die Befehle des Reichsjustizministeriums bleiben vorerst bestehen.

Die offizielle Ernennung des Kabinetts Hitler erfolgte im Anschluß an eine Besprechung beim Reichspräsidenten, die von Herrn von Papen zustandegebracht worden ist, und an der Adolf Hitler, Geheimrat Dr. Hugenberg, der bisherige Reichspräsident Göring, Dr. Frick und Generalleutnant von Blomberg teilnahmen. Sogleich nach der Ernennung wurde das neue Kabinett auch vereidigt. Die amtliche Mitteilung darüber lautet:

Der Herr Reichspräsident hat die durch das Reichsministergesetz vorgeschriebene Vereidigung des Reichsfanzlers Adolf Hitler und der Mitglieder der neugebildeten Reichsregierung vorgenommen.

Inzwischen hatte sich das alte Kabinett unter dem Vorsitz des bisherigen Reichsfanzlers von Schleicher zu seiner letzten Sitzung versammelt. Die Amtsübergabe erfolgte kurze Zeit später.

Änderung in der Reichsfanzlei

Wie weiter verlautet, wird der bisherige Reichspressechef Ministerialdirektor Marks durch den wirtschaftspolitischen Berater Hitlers, Dr. Funk, ersetzt werden. Nachfolger des Staatssekretärs in der Reichsfanzlei Dr. Pland wird voraussichtlich Ministerialrat im Reichsinnenministerium Lammers werden.

Überregierungsrat Dr. Heide, der der Presseabteilung der Reichsregierung seit sechs Jahren angehört und es verstanden hat, ein besonders herzliches Vertrauensverhältnis zur Presse aller Parteirichtungen herzustellen, ist zum Vortragsenden Plenarsatz ernannt worden.

ler — machte bemerkenswerte Fortschritte. Was kann zur Belebung der Kirche geschehen?

Diese Frage wurde auch im Bensheimer Pfarrhaus häufig besprochen. Der junge heftige Pfarrer suchte nach allen Seiten hin Verbindungen anzuknüpfen. Es war ihm durch seine kindlich heitere Unbefangenheit ein Leichtes, den Weg zu den Herzen der Menschen bei hoch und niedrig zu finden. Er besuchte die berühmte Basler Festwoche und knüpfte Verbindungen mit den schweizerischen Christen an und gewann lebenslange Freunde unter den Basler Missionaren. Ein junger christlicher Bankier wohnte lange im Pfarrhaus. Mit den benachbarten Badenern, lebendigen Theologen, wurden ebenfalls Beziehungen angeknüpft. Der Heidelberger Bröckelmann weckte in dem jungen Pfarrer Interesse für die damals erst entstehenden Sonntagsschulen. Der lebenswichtige Agent des Zentralkomitees für Innere Mission, der spätere polnische Generalsuperintendent Gesele, stieg auf seinen Reisen öfters im Bensheimer Pfarrhaus ab. Er war es, der im Jahre 1886 den westfälischen Verein für Innere Mission veranlaßte, meinen Vater als Vorsteher des neu zu gründenden westfälischen Diakonissenhauses in Bielefeld zu berufen mit dem Auftrag, die geplante Anstalt für Epileptische ins Leben zu rufen. Der Krieg verhinderte zunächst die Ausführung. Vater hatte aber im selben Jahre Verbindungen mit den durchziehenden preussischen Truppen. Er machte die Bekanntschaft einiger tüchtiger Offiziere und wurde dadurch in seiner in Süddeutschland seltenen Ueberzeugung, daß dem protestantischen Preußen, und nicht dem katholischen Oesterreich, die Führung Deutschlands gebühre, bestärkt, obwohl er bis an sein Ende grundsätzlich partikularistisch eingestellt blieb. Diese Beobachtungen erleichterten ihm die Entscheidung; als nach dem Kriege der Ruf nach Bielefeld wiederholt wurde; mein Vater entschloß sich, ihm Folge zu leisten, obwohl sein Vater den Sohn nur sehr ungern aus der heftigen Kirche scheiden ließ. Die Stellung eines Pfarrers der Inneren Mission war damals so wenig gesichert und so wenig geklärt, daß sie dem Vater wohl kaum ein geeigneter Wirkungskreis für den Sohn zu sein schien. Schluß folgt.

Beschluß des Ältestenrats

Nach der Neubildung der Reichsregierung trat sogleich auch der Ältestenrat des Reichstages zusammen, um über die Wiedereinberufung des Plenums zu beschließen.

Nach kurzer Aussprache beschloß der Ältestenrat entsprechend einem nationalsozialistischen Antrag, mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten, die nächste Vollziehung des Reichstages spätestens am Dienstag, den 7. Februar, stattfinden zu lassen. Ein früherer Termin soll nur dann gewählt werden, wenn die Regierung den Wunsch hat, bereits vor Dienstag nächster Woche ihre Erklärung im Reichstag abzugeben. Anträge der Kommunisten und Sozialdemokraten auf sofortige Einberufung des Reichstages wurden gegen die Stimmen der beiden Parteien abgelehnt.

Fackelzug zum Kanzlerpalais

Als die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichsfanzler bekannt wurde, sammelten sich vor dem Hotel „Kaiserhof“ wo Hitler bisher während seines Aufenthaltes in Berlin Wohnung genommen hat, starke Menschenmassen an. Der Andrang wurde schließlich so stark, daß besondere Bereitschaften der Schutzpolizei eingesetzt werden mußten, die den Weg zur Fahrbahn freihielten. Außerdem hatte sich in der Mittelpromenade ein Heer von Pressephotographen und Tonfilmoperatoren eingefunden, die die Gelegenheit benutzen wollten, um die neuen Kabinettsmitglieder auf die Plätze zu bannen. Immer wieder brachen die Nationalsozialisten ihrem Führer Ovationen dar.

Weiter veranstalteten die Groß-Berliner und Brandenburger Organisationen der SA. und des Stahlhelms zu Ehren des Reichspräsidenten von Hindenburg und des Reichsfanzlers Hitler einen Fackelzug.

— Berlin, 30. Januar. Gegen 1/12 Uhr nachts erreichte in dem schier endlosen Zuge die Spitze der Stahlhelm-Abteilungen das Reichspräsidentenpalais unter Vorantritt einer Kapelle und der Standarte des Landesverbandes Groß-Berlin. Die im Zuge mitgeführten Fahnen, darunter besonders zahlreich die alten deutschen Kriegsfahnen, wurden von der Menge stürmisch begrüßt. Auch der Reichspräsident dankte sichtlich bewegt. Als die ersten Stahlhelmkolonnen die Höhe der neuen Reichsfanzlei erreichten, erhob sich unter der Menschenmenge ein stürmischer Jubel. Die Nationalsozialisten begrüßten die Stahlhelmer mit Heilrufen, die von Stahlhelmsseite erwidert wurden. Am Fenster stand der Stahlhelmführer Seldte neben dem Reichsfanzler; beide grüßten die Standarten und Fahnen der Stahlhelmabteilungen mit erhobener Hand, wobei die Menge das Deutschlandlied anstimmte.

Arbeitsbeginn des Kabinetts

Völlige Uebereinstimmung. — Keine Eingliederung der SA. — Verbot der KPD. nicht beabsichtigt.

Berlin, 31. Januar.

Das neue Kabinett trat unter dem Vorsitz Adolf Hitlers zu seiner ersten Sitzung zusammen. Wie darüber mitgeteilt wird, wies Reichsfanzl. Hitler zu Beginn der Beratungen auf die Bedeutung des heutigen Tages hin, die eine Einigung der nationalen Kräfte Deutschlands durch die Bildung eines Kabinetts der nationalen Konzentration gebracht habe. Die Politik des Kabinetts dürfe den Ausdruck des Glaubens und Vertrauens, der heute im deutschen Volke spontan zum Ausdruck gekommen sei, nicht enttäuschen. Der Reichsfanzler gab sodann einen Überblick über die Grundzüge, nach denen er seine Politik zu führen gedenke, und über das Verhalten, das gegenüber dem Reichstage angewandt werden soll. Eine allgemeine Aussprache ergab eine völlige Uebereinstimmung der Ansichten.

Zum Schluß billigte das Reichskabinett die bereits gemeldeten Personalveränderungen in der Reichsfanzlei.

Nach der Kabinettsitzung stellten sich Reichsinnenminister Dr. Frick und der neue Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung, Ministerialdirektor Funk, der Presse vor. Beide Herren bekräftigten den Willen zu einer engen Zusammenarbeit mit der Presse und übermittelten die Grüße des Reichsfanzlers. Reichsfanzler Hitler werde persönlich vor der Presse erscheinen, wenn die politische Lage weiter geklärt sei.

Ueber die Haltung der neuen Regierung wurde noch mitgeteilt, das Reichskabinett Hitler trete für die freie Meinungsäußerung ein und wünsche nicht mit Bestimmungen auf Grund des Artikels 48 die Presse zu knebeln. Wenn allerdings unrichtige, die Ruhe und Ordnung störende Tatsachenmeldungen in der Absicht der Störung der Arbeiten der Reichsregierung verbreitet würden, müßte sich die Regierung selbstverständlich die Maßnahmen überlegen, die notwendig sind, um die Öffentlichkeit sachlich über Absichten und Taten der Reichsregierung unterrichten zu können.

Ueber die Politik des neuen Kabinetts verlautet noch, es sei nicht daran gedacht, die SA. in irgendeiner Form in den staatlichen Apparat einzugliedern. Auch Erwägungen, dem Reichskommissar für Preußen Möglichkeiten zu geben, die SA. als Polizeihilfsstruppen zu verwenden, seien nicht erfolgt. Zu den in der Presse aufgetauchten Gerüchten über die Absicht eines Verbots der kommunistischen Partei wird von Seiten der Reichsregierung erklärt, daß das Kabinett gegen derartige Verbote Stellung genommen habe.

Die kommunistische „Arbeiterstimme“ in Dresden beschlagnahmt.

Dresden, 30. Januar. Die Montagsausgabe der kommunistischen „Arbeiterstimme“ ist beschlagnahmt worden, weil das Blatt im Zusammenhang mit dem Regierungsantritt Hitlers und der Verdrängung der kommunistischen Taten vom Reglerheim zu einem Generalstreik aufgefordert hat.

Das Echo.

Die Aufnahme, die das neue Kabinett in der Presse gefunden hat, ist naturgemäß sehr verschieden. Während die dem neuen Kabinett nahestehenden Blätter die Betrauung Hitlers mit der Kanzlerschaft als ein erfreuliches Zeichen der Einigung innerhalb der nationalen Front begrüßen, nehmen die linksstehenden Zeitungen verschiedentlich in sehr scharfer Form gegen das neue Kabinett Stellung.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ schreibt, das neue Kabinett habe einen weit größeren Teil des deutschen Volkes hinter sich, als es in den Mandatziffern der NSDAP. und der DNVP. zum Ausdruck komme. Der Eintritt Seldtes in das Kabinett zeige, daß die neue Regierung erstmals alle Kräfte des nationalen Deutschlands zusammenfasse. — Der „Tag“ sagt, durch das nationale Deutschland gehe ein Aufatmen der Freude; das ganze nationale Deutschland sei erfüllt von Glauben und Hoffnung.

Die „Berliner Börsenzeitung“ gibt dem Wunsche Ausdruck, daß die nationale Idee, nachdem ihre Schwingen von der Last des Bruderzwistes befreit seien, werbende Kraft genug besitzen möge, um allmählich das ganze deutsche Volk zu erfassen und zu durchdringen. Die schwerste Verantwortung habe in diesen Tagen auf den Schultern des Reichspräsidenten gelastet. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ wertet die Berufung Hitlers als den Ausdruck einer Versöhnung zwischen Hindenburg und Hitler und als eine gewagte und kühne Entscheidung. Die Ernennung hervorragender Fachleute für die entscheidend wichtigen wirtschaftlichen Ressorts und für das Auswärtige Amt gebe die Gewähr, daß keine Abenteuer auf diesen Gebieten bevorstünden.

Der sozialdemokratische „Vorwärts“ kündigt den neuen Männern scharfsten Kampf an. Würde der Versuch gemacht werden, sagt das Blatt, auch ohne Zustimmung des Reichstages zu regieren, so wäre eine Situation gegeben, die vom arbeitenden Volke die Einsetzung letzter und äußerster Kräfte erfordere. Sieg oder Untergang hänge von der Bereitschaft und der Geschlossenheit des arbeitenden Volkes ab.

Auch das Blatt der Christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche“, befürchtet dem neuen Kabinett Mißtrauen und meint, die Politik werde Hugenberg bestimmen, der das Wirtschafts- und Ernährungsministerium in der Hand habe. Der „Börsenkurier“ ist der Ansicht, daß der neue Reichsfanzler dem Reichspräsidenten bestimmte Garantien gegeben habe.

Die englische Presse zum Kabinett Hitler.

London, 30. Januar. Das Tagesgespräch Londons bildet die Ernennung Hitlers zum Reichsfanzler. Die Blätter überbieten sich gegenseitig mit sensationellen Schlagzeilen wie: „Der frühere Unteroffizier regiert 62 Millionen“, „Hitler erreicht sein Ziel“, „Hitler auf dem Sitz Bismarcks“, „Der deutsche Mussolini“. Eine nüchterne Stellungnahme zu den Ereignissen in Deutschland liegt vorerst kaum vor. Im allgemeinen wird jedoch eine ruhigere und abwartende, teilweise sogar optimistische Haltung eingenommen. Die Presse bringt zum Ausdruck, daß es durchaus richtig sei, wenn man Hitler die Gelegenheit gebe, seine Fähigkeiten zu beweisen. Besonders Interesse erweckt die Beteiligung von Hugenberg und Seldte an der Regierung. Man unterstreicht die dadurch bedingte weitgehende Unterstützung der Regierung durch stabile Kräfte, wie Reichswehr, SA. und Stahlhelm. „Evening Standard“ rechnet damit, daß das Zentrum und die Bayerische Volkspartei dem Kabinett Hitler ihre Unterstützung nicht versagen werden. Es sei erstaunlich, daß drei so gegensätzliche Männer, wie Hitler, Hugenberg und Papen in einem Kabinett zusammengebracht worden seien und man müsse mit Spannung erwarten, wie sich ihre Zusammenarbeit gestalten werde.

Die Zeitungen bringen ausführliche Lebensbeschreibungen des neuen Kanzlers.

Amerikanische Politiker zur neuen deutschen Regierung.

Washington, 30. Januar. Zur Regierungsbildung Hitlers erklärt Senator Borah: „Hitler und Hindenburg vereinigt zu gemeinsamer Arbeit sollten in der Lage sein, die Interessen der deutschen Republik bestens wahrzunehmen. Ich halte Hindenburg für den größten Mann aller Zeiten. Es macht Eindruck auf mich, daß Hitler mehr und mehr zur Stimme des deutschen Volkes wird, insbesondere bezüglich des Versailler Vertrages, der im Interesse des Weltfriedens revidiert werden muß.“

Das Mitglied des Repräsentantenhauses Fisch (New-York) erklärte:

„Ich bin gegen jede Diktatur. Wenn aber Hitler seinen machtvollen Einfluß benutzt, um den Statusquo und die deutsche Republik aufrecht zu erhalten, so mag seine Ernennung im besten Interesse Deutschlands und des Weltfriedens erfolgt sein. Hitler bildet ein starkes Bollwerk gegen den Kommunismus, was allerdings vorübergehende politische Unruhen in Deutschland hervorrufen kann.“

Moskau zum Kabinett Hitler.

Moskau, 30. Januar. Die Ernennung Hitlers zum Reichsfanzler hat in Moskau stärksten Eindruck hinterlassen. Die Einigung der Nationalsozialisten, des Stahlhelms und der Deutschnationalen Volkspartei sei — so heißt es — das größte politische Ereignis in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands. Das Triumvirat Hitler-Hugenberg-Papen sei eine schwere Gefahr für die marxistischen und kommunistischen Bestrebungen des deutschen Proletariats.

Die KPD stehe jetzt vor großen politischen Aufgaben. Sie müsse eine Mauer gegen die neue Regierung bilden und die Massen des deutschen Proletariats an sich reißen. Die KPD müsse jetzt beweisen, daß sie eine revolutionäre Partei sei.

